

Antrag

**der Abgeordneten Michael Kruse, Dr. Kurt Duwe,
Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein, Daniel Oetzel, Jens Meyer (FDP)**

**Betr.: Die umweltfreundliche Versorgung von Schiffen durch nachhaltiges
Konzept sicherstellen**

Die Verwendung von alternativen, emissionsärmeren Energieträgern kann die Schadstoffemissionen im Hamburger Hafen deutlich reduzieren und die Akzeptanz in der Bevölkerung erhöhen. Das schließt die Versorgung von Kreuzfahrt- und Containerschiffen mit alternativen Energiequellen während ihrer Liegezeit im Hamburger Hafen ein, wie zum Beispiel durch Landstrom am Terminal in Altona oder über die noch nicht umgesetzte Nutzung von sogenannten mobilen Lösungen (PowerPacs).

Bisher hat der Senat seine selbst festgesetzten Ziele für eine nachhaltige und umweltfreundliche Versorgung von Schiffen deutlich verfehlt. Wichtige Voraussetzungen für die notwendige Infrastruktur fehlen. Derzeit werden viele unterschiedliche technische Systeme eingesetzt und es existieren verschiedene Übertragungsanlagen beispielsweise in Hamburg, in Norwegen oder in den USA.

Zudem wird die 10 Millionen teure Landstromanlage am Terminal in Altona bisher nur von einer Reederei mit einem Schiff genutzt und läuft defizitär. Die Landstromversorgung ist nicht komplett von der EEG-Umlage befreit und die PowerPacs sind gar nicht erst in Überlegungen zur Reduzierung einbezogen worden. Daher fehlt auch hier ein wichtiger Anreiz für die Kunden. Letztlich verfolgt der Senat gemäß Luftreinhalteplan das Ziel, bis zu neun PowerPacs an den Containerterminals in Betrieb zu nehmen. Auch dieses Ziel ist gescheitert. Dabei ist der Einsatz von PowerPacs eine innovative, flexible Lösung und deren Umsetzung bedarf einer engen Abstimmung der Freien und Hansestadt Hamburg mit dem Entwickler und den Reedereien ohne Zwang.

Eine weitere alternative Energiequelle ist der Einsatz von Liquefied Natural Gas (LNG). Die Ankündigung einer internationalen Containerreederei ihre neuen großen Containerschiffe weitestgehend mit LNG betreiben zu wollen sowie die Diskussion um ein internationales Importterminal für LNG zum Beispiel in Brunsbüttel zeigen die wachsende Bedeutung von LNG als Schiffstreibstoff. Eine Lösung für den Hamburger Hafen gibt es bisher nicht.

Ein weiteres Beispiel für das ineffiziente Handeln des Senats ist das Stauproblem von LKWs an den Terminals. Das geplante Umparken der Schiffe ist keine langfristige Lösung. Vielmehr sollte der Verkehr zunehmend auf das Wasser verlegt werden. Dies würde die notwendige Entlastung für die hafeninternen Umfuhren bringen.

Alle hier aufgeführten Probleme müssen endlich gelöst werden. Die für eine umweltfreundliche Versorgung von Schiffen notwendigen Maßnahmen sollten daher zeitnah in einem nachhaltigen Gesamtkonzept sowie in einem aktualisierten Hafentwicklungplan eingefügt werden. Nur mit einem richtigen Rahmen kann es auch Planungssicherheit für Kunden, Unternehmen und die Verwaltung im Hamburger Hafen geben.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. den Netzausbau zeitnah voranzubringen und gemeinsam mit dem Bund Lösungen für eine dauerhafte Nutzung von Landstrom während der Liegezeiten für Schiffe und auch außerhalb von Hochlastzeitfenstern im Hafen zu gewährleisten,
2. sich für den Einsatz privater mobiler Lösungen zur Energieversorgung auf Seeschiffen, für die sogenannte PowerPacs, einzusetzen und gemeinsam mit den Reedereien Lösungen für notwendige bauliche Voraussetzungen zu finden und durch die richtigen Rahmenbedingungen Rechtssicherheit zu schaffen,
3. sich auf Bundesebene für die vollständige Befreiung der Landstromversorgung von der EEG-Umlage einzusetzen und dies unter Einbeziehung der Nutzung von PowerPacs,
4. weitere Anreize für die Reedereien zur freiwilligen Nutzung von Landstrom ohne Anschlusszwang zu entwickeln und die Möglichkeiten von Reduzierungen gemäß der Hafennutzungsentgeltverordnung Hamburg zu klären,
5. den Einsatz für eine sinnvolle Lösung des Transportes und der Versorgung der Schiffe mit LNG mittels Bunkerstation zu verstärken,
6. zur Lösung des Stauproblems an den Terminals die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, um die Verlagerung von Hafenumfuhren auf das Wasser umzusetzen,
7. die unter 1. bis 6. dargestellten Maßnahmen in einem Gesamtkonzept und in einem neu formulierten Hafenentwicklungsplan zu integrieren,
8. der Bürgerschaft bis zum 31. Dezember 2019 zu berichten.